

An die Deutschschweizer  
Medien

Bern, 14. August 1990

Sehr geehrte Damen und Herren

Heute können wir Ihnen das Datum für die Pressekonferenz des Schweizerischen Aktionskomittes gegen die beiden Atom-Initiativen bekanntgeben: Sie findet Montag, den 3. September 1990, in Bern, um 10.00 Uhr statt. Die detaillierte Einladung erhalten Sie mit dem nächsten Pressedienst.

In diesem Pressedienst stellen wir Ihnen folgende Beiträge zu Ihrer freien Verwendung zur Verfügung:

1. Karikatur

2. Ausstieg aus der Kernenergie birgt Gefahren

Von SVP-Nationalrat Albrecht Rychen, Lyss (BE)

3. Den Energiehahnen selber zudrehen?

Von Anton Stadelmann

4. Die Entsorgung radiokativer Abfälle als Aufgabe der  
Gemeinschaft (Artikel mit Foto)

Von Rudolf Meier

5. Schwedens Gewerkschafter fürchten um ihre Arbeitsplätze

Von Matthias Stadelmann

6. Anmerkungen zur Kampagne der Kernenergiegegner


Von Daniel Heller, FDP-Grossrat, Erlinsbach (AG)

7. Stomfunken

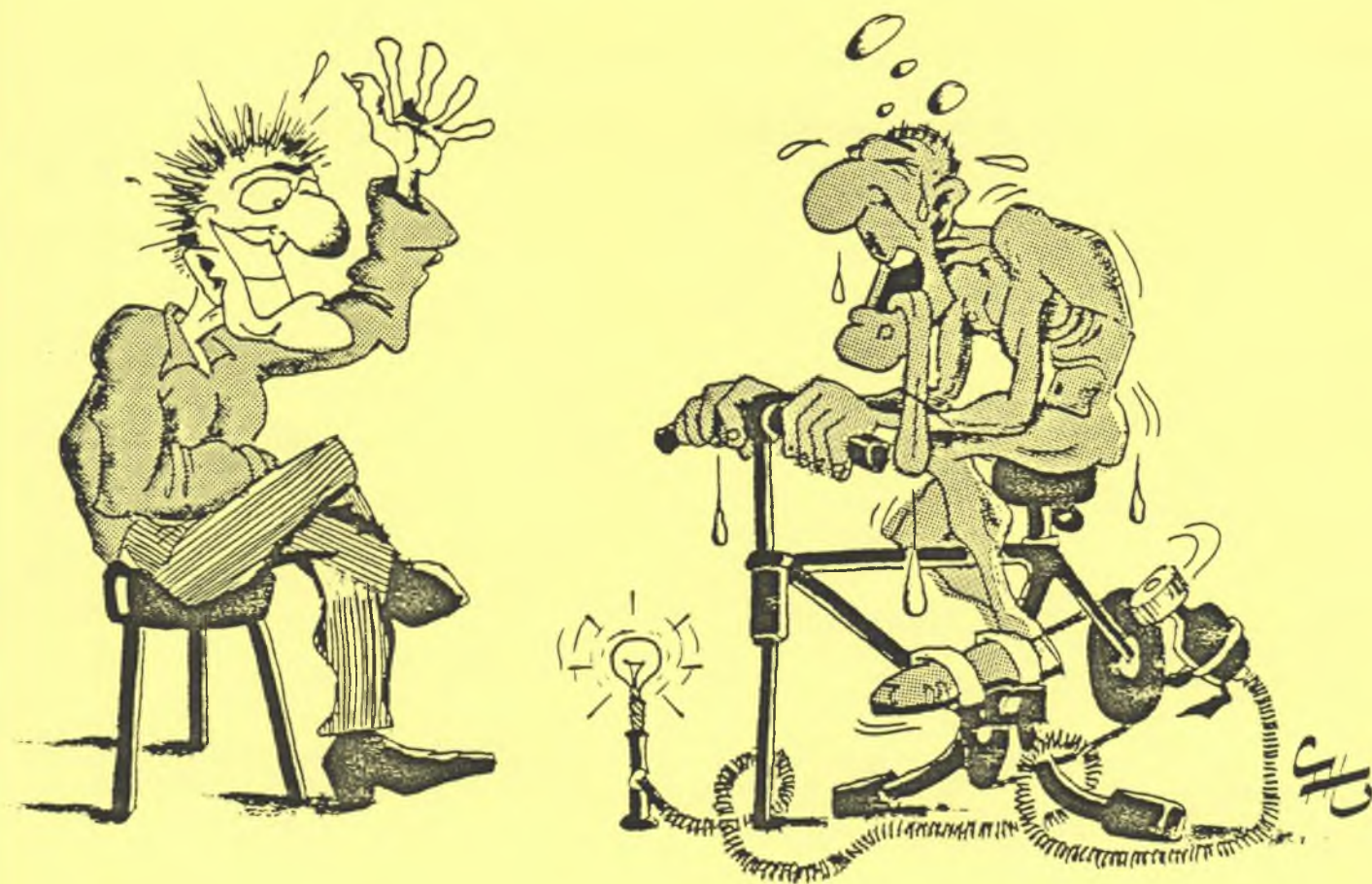
Grosse Ereignisse werfen ihre Schatten voraus. Wie Sie sicher selber festgestellt haben, sind wir bereits mitten in einem heftig geführten Abstimmungskampf. Der Entscheid am 23. September 1990 wird wegweisend sein für die zukünftige schweizerische Energiepolitik. Die Fakten sprechen für sich, die Schweiz braucht Atomstrom. Es wäre blauäugig, ihn statt wie bisher auch aus eigenen Kernkraftwerken einfach nur ausschliesslich aus dem Ausland beziehen zu wollen. Helfen Sie mit, dass auch dieser Aspekt in der Öffentlichkeit diskutiert wird.

Für Ihre Unterstützung danken wir Ihnen im voraus.

Mit freundlichen Grüssen  
Für den Presseausschuss:

  
Anna-Marie Kappeler

Beilage erwähnt



«NA BITTE - ES GEHT AUCH OHNE ATOMSTROM!»

## Ausstieg aus der Kernenergie birgt Gefahren

Von SVP-Nationalrat Albrecht Rychen (Lyss/BE), Co-Präsident des schweizerischen Aktionskomitees gegen die beiden Atominitiativen

In den letzten zehn Jahren stieg der Energieverbrauch in unserem Land um durchschnittlich 3 Prozent. Angesichts des Bevölkerungs- und Wirtschaftswachstums hätten die Verbrauchssteigerungen weit höher ausfallen müssen. Dank Fortschritten in der sparsameren und rationelleren Energieanwendung konnten stärkere Zuwachsraten vermieden werden. In der Industrie betrug die effektive Energieeinsparung pro Produktionseinheit zwischen 1973 und 1987 mehr als 25 Prozent. Im privaten Bereich, vor allem in den Haushalten, können gerade im Bezug auf den Elektrizitätsverbrauch weitere Sparmöglichkeiten realisiert werden, vor allem dank des technischen Fortschritts. Dennoch lauten alle Prognosen auf eine weitere Zunahme des Elektrizitätsverbrauchs. Die Zahl der Stromanwendungen nimmt zu. Man denke dabei nur an zwei Beispiele: Im Bereich öffentlicher Verkehr ist mit Projekten wie Bahn 2000, NEAT oder Zürcher S-Bahn ein massiver Ausbau der Leistungen im Gange oder geplant. Im Bereich Kommunikation/Informatik hat der Computer die Grenzen seiner Fähigkeiten und damit seiner Ausbreitung noch längst nicht erreicht. Angesichts solcher Tatsachen sind Vorstellungen, wonach man mit Stromsparen die Nutzung der Kernenergie ersetzen könne, grundlegend falsch.

### Schlüsselenergie Elektrizität

Strom ist eine sehr bedeutsame Energie. Sowohl im Dienstleistungsbereich, in der Produktion und in den privaten Haushalten spielt die Elektrizität heute eine herausragende Rolle. Einer zuverlässigen Stromversorgung kommt eine entscheidende Bedeutung zu. Bereits geringfügige Störungen in der Versorgung können zu grossen Problemen führen. Selbst etliche förderungswürdige Alternativenergien sind auf Stromversorgung angewiesen. Im Gegensatz zu fossilen Energieträgern ist Strom nicht oder nur sehr beschränkt lagerbar. Im mengenmässig sehr wichtigen Nichtstrombereich ist die Schweiz fast vollständig vom Import ausländischer Kohle und ausländischen Erdöls abhängig. Umso wichtiger ist es, zumindest bei der Elektrizitätsversorgung eine möglichst hohe inländisch abgestützte Versorgungssicherheit zu haben. Die Elektrizitätswirtschaft ist aber schon heute gezwungen, Bezugsrechte für Strom aus französischen Kernkraftanlagen zu kaufen. Nur so kann die Versorgung im Jahre 2000 gesichert werden. Einmal mehr offenbart sich in der Energiepolitik die typisch schweizerische "Fünfer- und Weggli-Mentalität": Man will zwar jederzeit genug Strom, aber die bösen, bösen Kernkraftwerke sollen bitteschön die Ausländer haben und betreiben...

### Kernenergie wieder im Aufschwung

Ein Blick auf andere Länder zeigt, dass vielerorts in der Welt weiterhin auf Kernenergie gesetzt wird. Mangels Alternativen gesetzt werden muss. Anfang 1990 standen in 26 Ländern der Welt insgesamt 438 Kernkraftwerke. Zehn mehr als ein Jahr zuvor. Weltweit stehen derzeit 96 neue Anlagen im Bau. Selbst in Ländern wie Kanada, das über genügend Öl und eigene Kohle zur Deckung seines Energiebedarfs verfügt, sieht der Energieplan den Bau von zehn weiteren Kernkraftwerken vor. In Schweden zeichnet sich immer deutlicher ein Ausstieg aus dem seinerzeit beschlossenen Ausstieg ab. Der Ausstieg aus der Kernenergie scheint im hochindustrialisierten Schweden nicht ohne grossen Nachteile möglich zu sein.

### Kernenergie und Umweltschutz

Im Jahre 1989 betrug der Anteil der Kernenergie an der weltweiten Elektrizitätsproduktion 17 Prozent. Wäre dieser Strom anstatt mit Kernspaltung mit Kohlekraftwerken erzeugt worden, so hätten die Kohlendioxidemissionen in der Atmosphäre um rund 1800 Millionen Tonnen oder neun Prozent zugenommen. Es ist ganz klar, dass ein Ersatz der Kernkraftwerke durch thermische Kraftwerke in der Schweiz nicht in Frage kommen kann. Die Luftbelastung solcher Anlagen wäre viel zu gross. Durch bessere Nutzung der Abwärme der bestehenden Kernkraftwerke könnte sehr viel Heizöl ersetzt und damit ein wesentlicher Beitrag an die Luftreinhaltung geleistet werden. Amerikanische Nobelpreisträger, welche noch vor wenigen Jahren gegen die friedliche Nutzung der Kernkraft waren, fordern heute dringend den Ausbau der Kerntechnologie. Sie erklären diese Kehrtwendung damit, dass sie die fortschreitende Erwärmung der Erdatmosphäre, unter anderem ausgelöst durch die Verbrennung fossiler Energieträger, und damit die drohende Klimkatastrophe als grössere Gefahr für die Erde einschätzen, als die Kernkraftwerke.

### Ausstieg riskant

Sowohl die Ausstiegs- wie auch die Moratoriumsinitiative wollen die Zukunft ohne Kernenergie bewältigen. Dies ist ein sehr riskanter Weg, sowohl im Hinblick auf den Umweltschutz als auch auf die wirtschaftlichen Konsequenzen. Selbst bei radikalen Sparmassnahmen und sehr starker Forcierung der Alternativenergien würde der Wegfall der schweizerischen Kernenergie zu massiver Auslandabhängigkeit in der Stromversorgung und vor allem bei der Versorgungssicherheit führen. Bei allem Verständnis für jene Bürger, die vor Kernkraftwerken Angst haben, muss doch gesagt werden, dass aufgrund der heutigen Lage ein Ausstieg aus der Kernenergie höchstens sehr langfristig möglich sein wird. Im heutigen Zeitpunkt schätze ich die Risiken einer Welt ohne Kernenergie grösser ein als die einer Welt mit Kernenergie. Beide Atominitiativen sind in ihren Konsequenzen nicht zu verantworten und müssen deshalb am 23. September klar abgelehnt werden.

## Den Energiehahnen selber zudrehen?

Mit Erschrecken hat die Welt auf den Ueberfall Iraks auf den Kleinstaat Kuwait reagiert. Aus Sorge um wichtige Energiequellen "tauchten" die internationalen Finanzmärkte. Gleichzeitig schnellte der Preis für Benzin und Heizöl explosionsartig in die Höhe. Auch bei uns, obwohl wir weder irakisches noch kuwaitisches Erdöl importieren. Die unsichere Lage am Golf zeigt wieder einmal, wie empfindlich die internationalen Verflechtungen sind, wie folgeschwer sich ausländische Abhängigkeit auswirken kann.

Im gleichen Zeitpunkt, wo uns diese Tatsachen einmal mehr drastisch vor Augen geführt werden, gehen bei uns Kreise, die sich auch zu den staatstragenden zählen, daran, eigene Energiequellen abzustellen. Die beiden Atominitiativen, die am 23. September zur Abstimmung gelangen, wollen unsere Kernkraftwerke stilllegen. Damit würde in Zukunft über 40 Prozent unserer Elektrizität ausfallen. Energie, die wir heute schon verbrauchen.

Wir würden also vor der Tatsache explosionsartig steigender Erdölpreise und dazu einer hausgemachten Stromknappheit stehen. Die Linkskreise, darunter die Sozialdemokraten und die Grünen, aber auch der von einem Grossverteiler finanziell abhängige Landesring, begründen ihre Anti-Atominitiativen mit der "Angst vor dem Restrisiko" der Kernenergie. Solche Politik erscheint völlig schizophren, wenn man die Reaktionen der Welt jetzt betrachtet. Alle Welt hat Angst, dass Energiequellen abgedreht werden. Niemand, ausser offensichtlich wir Schweizer, kann es sich leisten, auf Energiequellen freiwillig zu verzichten. Vor allem noch dann, wenn es sich um saubere und umweltschonende Energie handelt, wie dies bei der Kernenergie der Fall ist.

Es bleibt zu hoffen, dass das Schweizervolk die Gefährlichkeit der beiden Atominitiativen noch rechtzeitig erkennt und dem linksextremen Unsinn eine deutliche Absage erteilt. Ansonsten wer nicht hören will, fühlen müsste. Fühlen, wie weh eine hausgemachte Energiekrise tut.

Anton Stadelmann

## Die Entsorgung radioaktiver Abfälle als Aufgabe der Gemeinschaft

Jedermann konsumiert heute Energie, Produkte und Dienstleistungen. Und damit entstehen überall Abfälle - der unterschiedlichsten Arten. Zum Teil sind diese Abfälle abbaubar, sie verrotten, verwesen innerhalb relativ kurzer Zeiträume zu unbedenklichen Naturstoffen. Daneben gibt es aber eine zunehmende Zahl von Abfallstoffen, die über eine längere Zeit oder sogar dauernd eine bestimmte Toxizität (Giftigkeit) behalten. Diese Stoffe müssen speziell behandelt und gelagert werden. Man redet hier oft auch von "Sonderabfall". Weil wir alle als Konsumenten am Zustandekommen dieser Sonderabfälle beteiligt sind, stellt deren Entsorgung eine Aufgabe dar, die die ganze Gemeinschaft betrifft. Bei Stoffen mit radioaktiver Strahlung nimmt diese Aufgabe sogar nationale Dimensionen an: Der Bund muss bei der Suche nach geeigneten Lösungen mitwirken, sei es als gesetzliches Aufsichts- oder als Bewilligungsorgan.

### Verdünnen oder Einschliessen

Entsorgen kann im Zusammenhang mit Abfällen nur zweierlei heissen: Entweder "Verdünnen" (z.B. bei Abgasen oder Flüssigkeiten) oder "Einschliessen" (z.B. bei Schwermetallen oder radioaktiven Abfällen). Bei der Energieerzeugung, die aus physikalischen Gründen immer zu den grösseren Abfallverursachern gehören wird, kommen beide Arten vor: Als Verdünnung u.a. von Motor- oder Verbrennungsabgasen (Kohlekraftwerke!) mittels simpler Abgabe an die Luft; als Einschluss durch das Verfestigen von Abfällen in dichten Behältern und deren dauernde Isolation in einem Endlager, wie es insbesondere bei den radioaktiven Abfällen praktiziert wird. Ein völliges Entfernen aus der Biosphäre ist, sofern technisch von der Menge her überhaupt machbar, nur durch den sicheren Einschluss gegeben.

Radioaktive Abfälle haben — im Gegensatz etwa zu Schwermetallen, welche wir auf ewig unseren Enkeln hinterlassen werden — die Eigenschaft, von selbst zu zerfallen, allerdings je nach Stoffart in unterschiedlichen Zeiträumen. Beim Zerfall entsteht radioaktive Strahlung in unterschiedlichem Ausmass. Man unterscheidet sinnvollerweise *kurzlebige schwach- und mittelaktive Abfälle*, deren Aktivität nach rund 300 Jahren abgeklungen ist, von *langlebigen mittel- und hochaktiven Abfällen*, deren Strahlung erst in einigen zehntausend Jahren ein unbedenkliches Mass erreicht haben wird. Für jeden dieser beiden Abfalltypen wird ein gesondertes Lager nötig werden.

Bei radioaktiven Abfällen bedeutet Einschliessen den Aufbau mehrerer hochwirksamer Barrieren, von denen jede allein schon wirksam genug sein muss, den Austritt von Stoffen auf sehr lange Zeit zu verhindern. Im Zusammenwirken entsteht so ein Schutzsystem, das Jahrtausende überdauern wird.

### Der gesetzliche Auftrag der Nagra

Die Entsorgung von radioaktiven Abfällen ist seit 1957 der Bundesgesetzgebung unterstellt. Im Sinne des darin ebenfalls gesetzlich fixierten Verursacherprinzips haben die Verursacher, d.h. die Kernkraftwerkbetreiber und der Bund (seinerseits zuständig für die radioaktiven Abfälle aus Forschung, Medizin und Industrie), zusammen 1972 die *Nagra, Nationale Genossenschaft für die Lagerung radioaktiver Abfälle*, gegründet. Die Nagra hat also die verantwortungsvolle, ökologische und im Dienste der nationalen Gemeinschaft stehende Aufgabe, die zwei nötigen Lagermöglichkeiten zu schaffen - und zwar ausschliesslich nach wissenschaftlich-technischen Kriterien. Die Sicherheitsvorschriften sind dabei extrem hoch. Nur ein Beispiel: Die Strahlenbelastung durch das Lager darf für niemanden zu keiner Zeit und unter keinen Umständen wenige Prozent der durchschnittlichen natürlichen Strahlenaufnahme eines Schweizers übersteigen.

Kernkraftwerke produzieren, im Gegensatz zu thermischen Kraftwerken, ein recht geringes Abfallvolumen (3 Mio. mal weniger als Kohlekraftwerke). Gemäss der oben erwähnten Aufteilung in kurz- und langlebige Abfälle werden aus bestehenden

Kernkraftwerken in den nächsten rund 40 Jahren in der Schweiz folgende Mengen erwartet:

- ca. 600 m<sup>3</sup> hochaktive Abfälle v.a. aus der Wiederaufarbeitung von Kernbrennstoff, entprechend etwa dem Rauminhalt eines kleineren Einfamilienhauses. Dieses Lager muss erst nach dem Jahre 2020 zur Verfügung stehen, weil eine 30 — 40 Jahre dauernde Abkühlzeit technisch nötig ist. Möglicherweise kann sich die Schweiz dannzumal an einer europäischen Lösung beteiligen - die eigene Forschung für ein solches Projekt muss aber weitergehen.

- ca. 150 000 m<sup>3</sup> kurzlebige schwach- und mittelaktive Abfälle, aus dem Betrieb und Abbruch der Kernkraftwerke sowie (nicht zu vergessen!) aus der Medizin, der Forschung und der Industrie. Dieses Lager sollte um die Jahrhundertwende zur Verfügung stehen. Wichtig: Es wäre auch ohne den weiteren Betrieb von Kernkraftwerken erforderlich, denn auch die bereits vorhandene Menge an Abfällen bedingt eine sichere Entsorgung.

#### Entsorgung von kurzlebigen Abfällen hat Priorität

In Bezug auf die kurzlebigen Abfälle ist die Nagra, wie allgemein bekannt, an vier verschiedenen Standorten in der Abklärungsphase für ein Horizontallager im Bergesinneren: Oberbauenstock UR, Wellenberg NW, Piz Pian Grand GR und Bois de la Glaive VD.

Gesucht werden Gesteinsformationen, die geologisch gesehen über eine ausreichend lange Zeit (nämlich bis die Abfalltoxizität nach 300 Jahren genügend abgeklungen ist, was geologisch ohnehin als "kurz" gilt) stabil bleiben und v.a. wenig Wasser führen. Dazu werden geologische Bohrungen niedergebracht und später ein Sondierstollen in die mögliche Lagerzone vorangetrieben. Die Gesteinsschichten sind dabei nur noch die allerletzte von mehreren Sicherheitsbarrieren. Die Abfälle selbst werden durch mehrere technische Barrieren vom Lebensraum isoliert: Durch die Verfestigung mit Beton oder Bitumen, durch Einschluss in Fässern oder Containern, und durch eine dicke, dichte Kavernenauskleidung. Die Anforderungen an die Lagersicherheit werden dadurch mehrfach übertroffen

Gesetzlich ist die Sicherheit auch bei unkontrollierter Lagerung vorgeschrieben, Kontrollmöglichkeiten können jedoch ohne weiteres vorgesehen werden.

#### Kein Sinn für gemeinsame Verantwortung mehr?

Der Bund hat die technisch-wissenschaftliche Machbarkeit eines solchen Lagers für schwach- und mittelaktive Abfälle aufgrund des Projekts "Gewähr" der Nagra von 1985 anerkannt. Selbstverständlich arbeiten die Forscher in den Hochschulen, Forschungsinstituten und bei der Nagra selbst weiter an der Perfektionierung dieses Projekts. Ausserdem erfolgt ein intensiver internationaler Erfahrungsaustausch. In Schweden befindet sich bereits seit Jahren ein solches Lager in Betrieb. Symptomatisch für unsere Wohlstandsgesellschaft aber ist, dass keine Region in der Schweiz ohne politischen Widerstand einen Lagerstandort akzeptiert - auch wenn kaum jemand auf elektrischen Strom, industrielle Produkte und die Segnungen der Medizin verzichten will: "Oekologie ja, aber doch nicht hier bei uns!"

Dr. Rudolf Meier

Bildlegenden:

Bild 1:

Gesamtansicht der Entsorgungsanlage für radioaktive Abfälle in Forsmark, Schweden

Bild 2:

Blick in eine Lagerkaverne für radioaktive Abfälle in Forsmark, Schweden



## Schwedens Gewerkschafter fürchten um ihre Arbeitsplätze

Am 23. September gelangen die beiden Atominitiativen zur Abstimmung, die einen Ausstieg der Schweiz aus der Kernenergie fordern. Die Initianten betonen dabei immer wieder, ein solcher Ausstieg wäre ohne wirtschaftliche Nachteile zu bewerkstelligen. Um ihre Behauptungen zu belegen, ziehen sie dabei bevorzugtermassen Schweden als Modell bei. Schweden ist der erste Staat, der auf politischer Ebene den Ausstieg aus der Kernenergie beschlossen hat. Seinerzeit hat auch in Schweden die Meinung geherrscht, ein solcher Ausstieg lasse sich ohne negative Begleiterscheinungen im Bereich der Wirtschaft vollziehen. Inzwischen hat in Schweden ein Meinungsumschwung stattgefunden. Insbesondere die Schwedischen Gewerkschaften fürchten heute um die wirtschaftliche Zukunft des skandinavischen Musterbeispiels.

Analog der Situation, wie sie sich momentan in der Schweiz präsentiert, sehen heute viele Schweden für die Zukunft ihre Landes schwarz. Der Sozialstaat Schweden ist an seine Grenzen gestossen. Zwar bestreitet niemand die Vorteile des herrschenden Systems. Immer lauter und banger wird jedoch die Frage: "Wer soll das bezahlen?" Zumal in jüngster Zukunft mit dem vereinigten Europa ein neues Schreckgespenst in Skandinavien die Runde macht. Dem EG-Sirenengesang folgend wenden immer mehr schwedische Unternehmen dem teuren Sozialstaat den Rücken zu und verlegen ihre Firmensitze in den steuerlich und wirtschaftstechnisch günstigeren EG-Raum.

Insbesondere die schwedischen Gewerkschafter schenken heute den Beteuerungen, ein Ausstieg aus der Kernenergie ziehe keine wirtschaftlichen Konsequenzen nach sich, kaum mehr Glauben. Der politische Berater des Industrieministers, Peter Asell, früher selbst führender Gewerkschaftsfunktionär, brachte die Befürchtungen der organisierten Arbeiter an einer Veranstaltung in Stockholm vor Schweizer Journalisten auf den Punkt, als er sagte: "Die schwedischen Gewerkschafter fürchten bei einem Ausstieg den Verlust von gegen 200'000 Arbeitsplätzen." Und der Konservative Kongressabgeordnete Gunnar Hökmark ergänzte ihn: "Wenn wir durch eine Verknappung des Energieangebotes die sonst schon nicht optimalen Rahmenbedingungen der schwedischen Wirtschaft weiter verschlechtern, wird der Trend unserer Industrie zur Auswanderung eine Grössenordnung annehmen, die für Schweden kritisch wird."

Schwedens Gewerkschafter sind nicht bereit, den Preis für Spielchen mit unsicherm Ausgang zu bezahlen und fordern deshalb vehement den Ausstieg aus dem Ausstieg. Mit einer deutlichen Ablehnung der beiden Atominitiativen am 23. September kann der Schweizer Stimmbürger dazu beitragen, dass bei uns ein Ausstieg aus dem Ausstieg nie nötig sein wird.

Matthias Stadelmann

## ANMERKUNGEN ZUR KAMPAGNE DER KERNENERGIEGEGNER

von Dr. Daniel Heller, Grossrat, FDP, (Erlinsbach)

"Sie haben Strom. Und wir den Schwarzen Peter?" - mit dieser Schlagzeile wehren sich die Stromversorger Deutschlands in Inseraten gegen die Verteufelung der Kernenergie. "Strom ja - aber ohne Luftverschmutzung, ohne Rohstoffverbrauch und ohne Kernenergie". Eine Feststellung aus demselben Inserat gibt in der Tat die zutiefst zwiespältige Haltung, welche die Kernenergiegegnerschaft auch hierzulande einnimmt, recht zutreffend wieder. Und aus diesem Dilemma der Forderung nach umweltschonender Energieproduktion bei gleichzeitigem Ausstieg aus der wirtschaftlichen und umweltfreundlichen Kernenergie führt offensichtlich nur eine reichlich fragwürdige und zum Teil geradezu scheinheilige politische Kampagne heraus.

### Angst und Emotionen als politische Zugpferde?

Im Kampf gegen das Symbol einer verhassten Grosstechnologie, wie es die Kernenergie für gewisse Kreise darstellt, scheint der Gegnerschaft, die zur Zeit den Abstimmungskampf für die Ausstiegs- und Moratoriumsinitiative im Herbst eröffnet, fast jedes Mittel recht zu sein. In einer breit gestreuten Drucksache wird unverblümt versucht, Angst und Hysterie als zugkräftiges politisches Mittel vor den eigenen Karren zu spannen: Atomenergie sei die unsicherste Energie, Tschernobyl überall und immer möglich, "hier und jetzt! Wohin zügeln Sie nach einer Atomkatastrophe in der Schweiz?" Mit seriöser und sachlicher Auseinandersetzung mit einer Thematik haben derartige Schlagworte recht wenig gemeinsam, mit "unverantwortlichem Geschrei", wie der Philosoph Karl Popper jüngst die Argumentation der Grünen qualifizierte, schon eher. Angst war schon immer ein schlechter Ratgeber - auch in der Politik.

Als Begleitmusik zu dieser emotionalen Angstkampagne planen die Kernenergiegegner nach Art der Flüchtlingskinder im Zweiten Weltkrieg Kinder aus der Region Tschernobyl in der Schweiz umherreisen zu lassen. Dass gewisse Aerzte und Pfarrer an dieser schamlosen Ausnützung von Kindern für eine politische Kampagne beteiligt sind, macht die Sache nicht besser, im Gegenteil. Während die Gegner des Atomstroms bereits jetzt derart auf die Pauke hauen, soll den Befürwortern gleichzeitig das Reden so weit als möglich verboten werden.

#### Kampagnefinanzierung als Argument gegen die Kernenergie

Eine weitere Stossrichtung der Ausstiegs- und Moratoriumsanhänger ist nämlich die Anprangerung der Finanzierung der Oeffentlichkeitsarbeit der Initiativgegner durch die Elektrizitätswirtschaft. So steht es jedenfalls in einer Protokollnotiz des kantonalzürcherischen Komitees "Strom ohne Atom" vom 15. Mai 1990, und so entnehmen wir es auch der bereits erwähnten Druckschrift. "Mindestens 60 (sic!) Millionen Franken" soll die "Atomstromlobby" für Propaganda zugunsten der Kernenergie ausgeben. Eine Behauptung, die in diesen Dimensionen an Absurdität grenzt. Dass es den Kernenergiegegnern offenbar auch nicht gerade an Geld mangelt, wird aus demselben Protokoll ersichtlich. Halb- und ganzseitige Inserate von beträchtlicher Zahl, selbstverständlich vorher im Pretest getestet, sind vorgesehen. An Inserate der kantonalen Komitees werden von der nationalen "Ausstiegszentrale" in Olten 10 bis 50% Subventionen ausgerichtet. Wer bezahlt diese Kampagne? Die WWF-Mitglieder, die immer noch glauben, eine sympathische Tierschutzorganisation zu unterstützen?

Der Oeffentlichkeitsarbeit der Elektrizitätswirtschaft möchte man hingegen so schnell als möglich die Mittel unterbinden. Dazu sollen in den Kantonsparlamenten über parlamentarische Vorstösse die öffentlich-rechtlichen Stromwerke daran gehindert werden, Mittel in ihre Aufklärungsarbeit zu stecken. Diesem Ansinnen kann glücklicherweise aus staatsrechtlicher Sicht überzeugend entgegengetreten werden.

"Gemischtwirtschaftliche Unternehmungen, wie Elektrizitätswerke, können somit unter Einsatz finanzieller Mittel Oeffentlichkeitsarbeit betreiben und dadurch zur Meinungsbildung beitragen. Sie haben unter dem Gesichtspunkt des Informationsrechtes der Bürger nicht nur das Recht, sondern auch die Pflicht zur Information. Sie müssen sich dabei an den Grundsatz der Sachlichkeit, Wahrheit und Verhältnismässigkeit der Mittel halten."

Zu diesem Schluss kommt Prof. Thomas Fleiner (Universität Freiburg) in einer vom Verband Schweizerischer Elektrizitätswerke (VSE) veranlassten Studie.

#### Was der eine darf, hat für den andern tabu zu sein

Ins Dilemma geraten die Kernenergiegegner bei weiteren Elementen ihrer Strategie. Nachdem es heute praktisch unmöglich geworden ist, in gewissen Printmedien, die einen ausgeprägt parteilichen Journalismus pflegen, sich mit kernenergiebefürwortenden Pressemitteilungen oder Communiqués Gehör zu verschaffen, versuchen Kernenergiebefürworter wenigstens mit Leserbriefen gewisse Gegenpositionen zu markieren. Unlängst wurde nun das vom "Tages-Anzeiger" zum Anlass genommen, die "schreibfreudige Atomlobby" einer gesteuerten und bezahlten Leserbriefkampagne zu bezichtigen. Die moralische Verurteilung dieser Art der Kampagnenführung hindert andererseits die "Ausstiegslobby" in keiner Weise daran, selber mit dem Mittel der organisierten Leserbriefkampagne zu arbeiten, wie offenbar an der bereits erwähnten Komitee-Sitzung zu vernehmen war. "Nähere Info vorhanden" steht hinter der Massnahme "Leserbriefe" im Protokoll. Quod licet iovi non licet bovi?

## Anti-Kernenergiekampagne in Schulen

Schliesslich scheuen sich die Ausstiegs- und Moratoriumsverfechter auch nicht, ihre Kampagne auf die Schulen auszudehnen. So hat der Schreiber unlängst vom Lehrerservice des WWF-Schweiz Post erhalten. Darin wird eine von der Arbeitsgruppe "Kinder und atomare Bedrohung" in Zusammenarbeit mit den "Ärzten für soziale Verantwortung" erarbeitete neue Unterrichtshilfe angeboten, Thema: "Zivile Anwendung der Atomtechnik - Risiken und Gefahren". Die Inhaltsangaben lassen kaum Zweifel an der Stossrichtung der "Unterrichtshilfe" aufkommen: Vom Kernschmelzunfall über Wasserstoffexplosionen zu den "speziellen Risiken der Schnellen Brüter" und den "Schicksalen von Tschernobyl" deckt das "Lehrmittel" mehr oder weniger alles ab, was geeignet scheint, im Zusammenhang mit der Kernenergie Angst und Schrecken zu verbreiten.

Was bleibt zu tun? Vor der kommenden Auseinandersetzung scheint es wichtig, dass auch derartige Praktiken einmal etwas ausgeleuchtet werden. Denn bevor gewisse skrupellose Manöver der Kernenergiegegner nicht aufgedeckt werden, ist ein sachlicher Dialog über eine für Wirtschaft, Lebensqualität und Umwelt entscheidende Weichenstellung, wie sie die Abstimmung über die Ausstiegs- und Moratoriumsinitiativen darstellt, wohl kaum möglich. Es sei denn, man falle zum vorneherein auf diese scheinheiligen Manöver herein und folge gewissen alternativ-grünen Kreisen auf dem Weg zur "Steinzeitgesellschaft, die nein zur Bronzezeit sagt", wie der Mainzer Soziologieprofessor Helmut Schoeck in der "Welt" (11.2.90) treffend die Zielsetzungen von Moratoriums- und Ausstiegsapologeten aller Art umschrieben hat. Auf dem Aufbruch in eine solche Gesellschaft, insbesondere von Kernenergiegegnerseite auf derart verlogene Art und Weise angestrebt, verzichtet hoffentlich der Schweizer Stimmbürger im kommenden Herbst.

## FEUILLETON

### Strom-Funken

\* Mein Nachbar hat seinen Haushalt konsequent auf Stromsparen umgestellt. Neuer Kühlschrank, 50 Liter grösser als der alte, neue Waschmaschine, sechs statt vier Kilo, neuer Staubsauger, neuer Handmixer, neuer Föhn. Der Verkäufer, erfreut über soviel Vernunft - und wohl auch über das gute Geschäft - hat ihm daraufhin noch gleich ein Sonderangebot für eine Tiefkühltruhe gemacht. Die war sowas von günstig - und dazu ein Stromsparmodell - dass mein Nachbar einfach zugreifen musste.

Die Ernüchterung hat sich im Haushalt meines Nachbarn erst mit der ersten Stromrechnung nach der technischen Renovation breitgemacht. Die stärkeren und grösseren Geräte brauchen annähernd gleichviel Strom wie die älteren, aber kleineren. Und dank der neuhinzugekommenen Tiefkühltruhe - trotz Energiesparausführung - hat sich der Stromverbrauch um fünf Prozent verändert. Nach oben, notabene.

\* Bösen Zungen zufolge soll Greenpeace nach der verpatzten Aktion im Kernkraftwerk Gösgen zu Beginn dieses Jahres wieder aktiv werden: Nachdem Greenpeace-Aktivisten bei der Blockierung des Abtransportes radioaktiver Abfälle falsche Messdaten eruierten, waren sie eher unfreiwillig in die Schlagzeilen geraten. Nun soll solchen Fehlern der Kampf angesagt werden. Die Gerüchte wollen wissen, dass die Migros-Klubschule für GP-Aktivisten demnächst Kurse fürs Ablesen von Geiger-Zählern durchführt. Als Referenten kämen sicher die beiden LdU-Nationalräte und Atom-"Experten" Jäger und Günther in Frage...

\* A propos Greenpeace-Flop in Gösgen: Glaubt man einem Bericht der Basler Zeitung über Greenpeace, dann ist man dort sogar noch stolz auf den Mega-Flop. Oder war es ein Giga-Flop?

\* Das für seine Lust am Kritisieren der Schweizer Energiepolitik nachgerade berühmte Fernsehen DRS sollte - bei aller Achtung vor der Medienfreiheit - die eigene Situation nicht aus den Augen verlieren: Auch die Produktion und die Ausstrahlung von Beiträgen energiepolitischen Inhalts benötigen 40 Prozent Kernenergie. Erst der Strom macht es möglich, dass die Schweizer Exklusiv-Herrscher über Bild und Ton ihre Kritik im allgemeinen und an der Kernenergie im besonderen nicht für sich behalten müssen, sondern sie in die helvetischen Stuben senden können. Erst noch auf Kosten der Kernenergiebefürworter, die mit ihrer Konzessionsgebühr auch solche Sendungen finanzieren müssen...

\* Der Kampfschrei der Atomgegner "WKK statt KKW" könnte für unsere Umwelt verheerende Folgen haben: Um den Produktionsausfall der fünf Schweizer Kernkraftwerke mit thermischer Energie auszugleichen, müssten mehr als 14 Mio. Tonnen Steinkohle, oder 11 Mio. Tonnen Erdöl, oder 9 Mio. Tonnen Gas verfeuert werden. Mit einem Ausstoss von bis zu 45 Mio. Tonnen Kohlendioxyd, von den anderen Luftschadstoffen ganz zu schweigen. Was sagt denn da die Luftreinhalteverordnung dazu? Hust, hust, keuch!

\* Es mutet wie ein Treppenhauswitz der Weltgeschichte an: Irak, Pakistan, Indien und Rumänien beispielsweise haben die Kernenergietechnologie. Wir Schweizer sollen ab dem 23. September darauf verzichten...

\* Böse Zungen behaupten, bei den Schweizerischen Bundesbahnen würden derzeit Waggon entwickelt, die von den Reisenden nach dem Trottinette-System angetrieben werden. Für die atomstromfreie Zeit nach dem 23. September. Denn merke: Auch der Kluge im Zuge braucht 40 Prozent Atomstrom. Ob es ihm passt oder nicht.

\* Kennen Sie den?

Der Kantonschemiker stürzt am Tag nach der Annahme der Atom-Initiativen erregt ins Büro seines Chefs: "Der Computer streikt! Er will eine hübsche Sekretärin und seinen sauberen Atomstrom zurück! Ansonsten weigert er sich, weitere Luftanalysen auszuwerten."